

## Syrien: Gefährliches Patt zwischen Regime und Opposition

Heiko Wimmen

**Fünf Monate nach dem Beginn der Protestbewegung im März 2011 befindet sich Syrien in einem gefährlichen Patt zwischen dem seit fünfzig Jahren herrschenden Baath-Regime und der Opposition. Weder gelingt es dem Regime, das Momentum der Proteste durch eine Mischung aus Repression und wenig glaubwürdigen Reformversprechen zu ersticken, noch vermag die heterogene Opposition, politische Handlungsmacht zu entwickeln, mit der sie einen Übergang zu einer demokratischen Gesellschaftsordnung erzwingen und ein Abgleiten in unkontrollierbare Gewalt verhindern könnte.**

In Opposition zur Staatsmacht zu treten bedeutete in Syrien über Jahrzehnte hinweg einen Weg zu beschreiten, der nahezu sicher im Exil, mit langjähriger Haft oder mit einem gewaltsamen Tod endete. Allgegenwärtige Geheimdienste schufen ein Klima der Angst, und die Propaganda des Regimes schürte einen absurden Personenkult um Hafiz Al-Assad, den Vater des derzeitigen Präsidenten. Politische Alternativen wurden nicht geduldet. Ende der 1990er Jahre und verstärkt nach der Machtübernahme von Baschar Al-Assad im Sommer 2000 deutete sich ein politisches Tauwetter an. Langjährige politische Gefangene kamen frei, für ein knappes Jahr wurde in halböffentlichen politischen Foren über kontroverse Themen wie Korruption und Demokratie diskutiert. Vertreter des Regimes und der neue Präsident zeigten sogar ihre Absicht an, politische Reformen

einzuweisen. Der sogenannte »Frühling von Damaskus« endete im Herbst 2001 mit der Verhaftung prominenter Aktivisten. Eine weitere Welle der Repression folgte in den Jahren 2005 bis 2007 im Gefolge der sogenannten »Damaskus-Erklärung« vom Oktober 2005. Als Unterzeichner dieses Dokuments hatten sich erstmals nahezu alle Kräfte der Opposition – säkulare Gruppierungen mit linker und liberaler Orientierung, die Exilorganisation der in Syrien verbotenen Muslimbruderschaft sowie ethnisch-kurdische Parteien – mit der Forderung nach einer pluralistischen Gesellschaftsordnung zusammengefunden.

### **Syrien und der »Arabische Frühling«**

Unter dem Eindruck der Protestbewegungen in Nordafrika kam es bereits Ende Januar zu ersten Fällen von Widerstand gegen die

in Syrien alltäglichen Übergriffe der Sicherheitskräfte. Während in der Hauptstadt Damaskus solche Zusammenstöße entschärft werden konnten – in einem Fall mischte sich der Innenminister persönlich unter die aufgebrachte Menge – reagierte der Repressionsapparat an der syrischen Peripherie auf jedes Zeichen der Auflehnung mit extrem unverhältnismäßiger Härte und goss so stetig neues Öl ins Feuer. Verbitterung über die in diesen Regionen besonders fühlbaren sozialen Kosten der begrenzten Wirtschaftsreformen der letzten Dekade – von der eine kleine Elite mit guten politischen Verbindungen spektakulär profitiert hat – heizte die Proteste weiter an.

Über die Ereignisse selbst wie auch den Charakter der Bewegung existieren diametral entgegengesetzte Darstellungen. So beschreiben die Demonstranten ihre Aktionsformen als ausschließlich friedlich und ihre Agenda als auf ein demokratisches und pluralistisches Syrien gerichtet. Gewalt gehe allein von den Sicherheitskräften aus, insbesondere von der vom Präsidentenbruder Maher Al-Assad kommandierten vierten Division der syrischen Armee, sowie von den in Syrien als *Shabiha* («Phantome») bekannten zivilen Schlägertrupps des Regimes. Bei den Todesopfern, die auf staatlicher Seite beklagt würden, handele es sich um Sicherheitskräfte, die von Einheiten des Regimes ermordet worden seien, weil sie sich der Mitwirkung an der Repression verweigert hätten. Regierungssprecher und syrische Medien dagegen sehen »bewaffnete Banden« sunnitisch-islamistischer Prägung am Werk und vermuten eine »internationale Verschwörung« mit dem Ziel, Syrien dazu zu zwingen, seinen Widerstand gegen amerikanisch-israelische Hegemonialpläne für die Region aufzugeben.

Die zuweilen bizarr anmutende Parteilichkeit der weitgehend gleichgeschalteten – staatlichen und privaten – syrischen Massenmedien und ein nahezu vollständiges Einreiseverbot für ausländische Journalisten bewirken, dass internationale und auch die in Syrien stark rezipierten arabischen Medien vornehmlich auf nicht veri-

fizierbare Informationen zurückgreifen, die von der Protestbewegung über das Internet verbreitet werden, und sich auf lokale Augenzeugen stützen. Eine eindeutige Unterscheidung zwischen Fakten und Propaganda ist auch für Beobachter vor Ort kaum möglich. Verschiedene unabhängige Berichte deuten jedoch darauf hin, dass zumindest in einigen Fällen bewaffnete Gruppen mit islamistischer Orientierung inmitten der großen Mehrheit friedlicher Demonstranten operieren und systematisch auf eine Eskalation der Gewalt hinarbeiten. Ohne Zweifel ist es jedoch die Repressionspolitik des Regimes, die die Bedingungen für eine solche Eskalation erst schafft.

### **Suche nach einer gemeinsamen Strategie**

Syrische Oppositionelle haben in den vergangenen Monaten mehrere Anläufe unternommen, eine eigene und vor allem einhellige Stimme zu finden. Aufbauend auf der Damaskus-Erklärung von 2005 herrscht unter den Regimegegnern grundsätzliche Einigkeit darüber, dass Syrien eine demokratisch-pluralistische Gesellschaftsordnung bekommen soll. Zwei Konferenzen Anfang Juni im türkischen Antalya und in Istanbul Mitte Juli legten jedoch auch deutliche Differenzen offen. Beobachter berichten von schwieriger Kommunikation zwischen jüngeren Aktivisten und älteren Exilpolitikern sowie von Widerstand gegen das Prinzip eines säkularen Staates auf Seiten der Muslimbruderschaft. Grundsätzlich scheint fraglich, ob das relative Gewicht der in Syrien verbotenen Organisation innerhalb der Exilopposition mit einer entsprechenden Gefolgschaft in Syrien selbst korreliert. Die militante Vergangenheit der Muslimbruderschaft, aber auch fehlende Erfahrung mit demokratischer Praxis bei vielen oppositionellen Akteuren nährt Zweifel an der Belastbarkeit des nach außen verkündeten demokratisch-pluralistischen Konsenses.

Differenzen gibt es auch im Hinblick auf die geeignete Taktik auf dem Weg zu der angestrebten Transformation. Während die

Auslandsopposition bereits im Abschlussdokument der Antalya-Konferenz explizit den Rücktritt des Präsidenten forderte, bemüht sich eine Reihe prominenter Damaszener Intellektueller und zivilgesellschaftlicher Aktivisten, die rhetorisch geäußerte Reformbereitschaft des Regimes beim Wort zu nehmen. Solche Ansätze, wie etwa der im Anschluss an die erste Konferenz der Opposition in Damaskus am 27. Juni veröffentlichte »Fahrplan für einen sicheren und friedlichen Übergang zu einer zivilen Demokratie«, zielen nicht auf einen sofortigen »Sturz des Regimes«, sondern auf eine kontrollierte, jedoch unumkehrbare Abwicklung der existierenden totalitären Strukturen durch eine temporäre Nationalversammlung mit legislativer Kompetenz.

Ähnliche Forderungen waren zuvor schon von den zumeist deutlich jüngeren Mitgliedern der sogenannten »Lokalen Koordinationskomitees« vorgetragen worden, die für sich in Anspruch nehmen, für die Protestbewegung in den aufständischen Städten zu sprechen. Die anhaltende Gewalt, die mit Beginn des Fastenmonats Ramadan Anfang August einen neuen Höhepunkt erreicht hat, scheint jedoch denjenigen Stimmen Recht zu geben, die solche Vorschläge kritisieren, weil sie auf eine Verlängerung der Legitimation eines zu keinem Kompromiss bereiten Regimes hinausliefen. Tatsächlich geben weder der bisherige Verlauf des durch die syrische Führung initiierten »Nationalen Dialogs« noch die bisher beschlossenen politischen Reformen – wie etwa neue Wahl- und Parteiengesetze – Anlass zu der Erwartung, das Machtmonopol der Baath-Partei und der Assad-Familie könne ernsthaft zur Disposition gestellt werden. Die Exilopposition ebenso wie die von der Gewalt unmittelbar betroffenen »Koordinationskomitees«, aber auch mehr und mehr Oppositionelle in Damaskus sehen daher in der direkten Konfrontation den einzigen Weg zu wirklichem Wandel.

Die Anhänger einer solchen Konfrontationsstrategie hoffen zum einen auf Ermüdungserscheinungen unter den regime-loyalen Sicherheitskräften und eine weitere

Ausweitung der Unruhen. So werde, glauben sie, bald der Einsatz von Einheiten erforderlich sein, die nicht von loyalen Parteigängern des Regimes dominiert sind und auf die Seite der Protestierer wechseln könnten. Sie setzen zum anderen auf eine Verschärfung der wirtschaftlichen Krise aufgrund der fortwährenden Instabilität und internationalen Sanktionen. Damit werde auch innerhalb der vor allem durch materielle Interessen zusammengehaltenen Elite und von Seiten der bislang loyalen urbanen Mittelklasse der Druck auf einen Machtverzicht der Assads wachsen.

Eine solche Strategie erscheint plausibel, nimmt jedoch erhebliche Risiken in Kauf. Sollten tatsächlich ganze Einheiten der Streit- und Sicherheitskräfte überlaufen (die bis Ende Juli bekannt gewordenen Fälle beschränkten sich auf kleinere Gruppen unterer Dienstgrade) besteht, ähnlich wie in Libyen, die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung zwischen loyalen und aufständischen Truppen. Die religiös-konfessionelle Prägung zahlreicher Truppenteile – als besonders loyal geltende Einheiten werden meist von Mitgliedern der alawitischen Minderheit dominiert, der auch die Assads angehören – könnte es mit sich bringen, dass eine solche Konfrontation bald den Charakter eines religiösen Konflikts zwischen der sunnitischen Mehrheit und der alawitischen Minderheit annimmt. Ein Andauern der Gewalt dürfte auch zu einer Militarisierung der Proteste und damit zu ebenfalls religiös-konfessionell geprägten Zusammenstößen mit Anhängern des Regimes führen. Zwar hat die Bewegung von Beginn an die Gleichberechtigung aller Gruppen der syrischen Bevölkerung betont – nicht zuletzt, um der Strategie des Regimes zu begegnen, sich als Garant einer säkularen Ordnung gegen das Schreckgespenst einer sunnitisch-islamistischen Machtübernahme zu präsentieren und so religiöse Minderheiten wie Alawiten, Christen, Drusen und Ismailiten, aber auch liberale Sunniten an sich zu binden. Dennoch haben die Aufständischen, abgesehen von der säkularen und multi-

konfessionellen oppositionellen Elite, bis jetzt nur vereinzelt Zuspruch außerhalb der sunnitischen Religionsgemeinschaft und in den urbanen Zentren von Aleppo und Damaskus gefunden. Gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen alawitischen und sunnitischen Bürgern in der zentralsyrischen Stadt Homs Mitte Juli belegen dass ein Potential für religiös-konfessionelle Konflikte sehr wohl besteht.

### Wege aus der Sackgasse?

Der syrischen Opposition ist es bislang nicht gelungen, ihre Kräfte zu bündeln und das Momentum der Proteste in politische Handlungsmacht zu verwandeln. Neben taktischen Differenzen scheint das Fehlen von adäquaten Koordinationsstrukturen innerhalb der Protestbewegung das größte Hindernis dafür zu sein. Die Opposition zerfällt damit in eine dynamische, aber führungslose Massenbewegung sowie eine politisch versierte Elite, der es jedoch an einer einheitlichen Strategie mangelt und von der ungewiss bleibt, welchen Rückhalt sie in der Bevölkerung genießt. Das Regime hat daher die Möglichkeit, Ersterer mit Repression zu begegnen, Letztere zu ignorieren oder zu kooptieren und sich einem noch immer signifikanten Teil der Bevölkerung als einzig wirksames Bollwerk gegen Chaos und Bürgerkrieg zu präsentieren. Ein rascher Machtwechsel in Damaskus erscheint damit unwahrscheinlich, eher ist eine Fortdauer der Gewalt zu befürchten.

Damit mangelt es auch an legitimierten Ansprechpartnern für externe Akteure. Ohnehin sind die Chancen einer Einflussnahme auf regionaler und internationaler Ebene begrenzt: So hat das syrische Regime konstruktive Kritik auch von engen Partnern wie der Türkei und Katar brüsk zurückgewiesen. Furcht vor einer Destabilisierung der gesamten Region und vor Nachahmungseffekten in der eigenen Bevölkerung sind für die arabischen Nachbarstaaten Grund genug für Zurückhaltung. Auf internationaler Ebene treten Mitglieder des Welt-sicherheitsrats mit strategischen Interessen

in der Region wie etwa Russland als Bremser auf und verweisen auf den aus ihrer Sicht negativen Präzedenzfall Libyen. Verbindliche internationale Sanktionen wird es damit wahrscheinlich nicht geben. Eine militärische Intervention, die auch von der syrischen Opposition einvernehmlich abgelehnt wird, erscheint ausgeschlossen.

Trotzdem bleibt eine klare Verurteilung der in Syrien begangenen Menschenrechtsverletzungen geboten, und sei es nur als Geste der Solidarität gegenüber der seit Jahrzehnten diktatorisch unterdrückten Bevölkerung. Darüber hinaus könnten die EU und die USA auch ohne ein Mandat des Sicherheitsrats den wirtschaftlichen Druck auf Damaskus erhöhen. So fordern Vertreter der syrischen Opposition seit Monaten einen EU-Einfuhrstopp für syrisches Rohöl, das nur sehr begrenzt auf anderen Märkten verkäuflich sei.

Solche Maßnahmen sollten von Bemühungen begleitet werden, die verbliebenen Chancen für eine friedliche Konfliktlösung auszuloten. Bestehende Kommunikationskanäle (das deutsche Auswärtige Amt hat z.B. parallele Gespräche mit syrischen Regierungsvertretern und Oppositionellen geführt) sollten genutzt werden, um beiden Seiten die Notwendigkeit eines geordneten Übergangsprozesses nahezu legen. Dem Regime muss vermittelt werden, dass ein Festhalten an der Repressionsstrategie nicht nur mit hoher Wahrscheinlichkeit ebenfalls zum Machtverlust, sondern auch zur Verfolgung der politischen Elite durch die internationale Gerichtsbarkeit führen wird. Der Opposition sollte klargemacht werden, dass auch die internationale Gemeinschaft keinen wirksamen Schutz vor den unkalkulierbaren Risiken einer konfrontativen Strategie bieten kann; und dass andererseits eine Opposition, die einmütig für einen kontrollierten Übergangsprozess eintritt, auch darauf hoffen kann, diejenigen Teile der Bevölkerung für sich zu gewinnen, die das derzeitige Regime vor allem aus Sorge um die Stabilität des Landes stützen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2011  
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

**SWP**  
Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
www.swp-berlin.org  
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364